

Pressemitteilung: Stellungnahmen

Avry, den 7. Februar 2021

An der ordentlichen Versammlung vom 6. Februar 2020 haben die Jungfreisinnigen Freiburg (JFF) zu den eidgenössischen Abstimmungen vom März Stellung genommen.

Das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienst (E-ID-Gesetz) wurde von der Versammlung abgelehnt. Die Versammlung war der Ansicht, dass die Identifizierung der Bürger eine staatliche Aufgabe ist. Die JFF erkennen die Wichtigkeit einer E-ID, sind aber der Meinung, dass in einem modernen und digitalen Staat, der Staat dafür verantwortlich ist, diese Lösung bereitzustellen.

Die JFF haben sich gegen die Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot" ausgesprochen. Die Versammlung vertrat die Auffassung, dass diese Initiative der individuellen Freiheit zuwiderläuft und das grundlegende Problem im Zusammenhang mit bestimmten Personen, die den radikalen Islam praktizieren, nicht lösen wird.

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien wurde einstimmig angenommen. Dieses Abkommen ist eine Chance für verschiedene Sektoren unserer Wirtschaft. Ausserdem ist die Menge des aus Indonesien importierten Palmöls fast unbedeutend und rechtfertigt keine Ablehnung.

Ausserdem ist ein Mitglied des Vorstandes, Dorian Doutaz, von seinem Posten zurückgetreten. Das Komitee dankt ihm für die geleistete Arbeit und wünscht ihm weiterhin viel Erfolg.

Für den Vorstand,
Alec von Barnekow
Präsident

Für weitere Informationen:
- Alec von Barnekow, Präsident, 079 884 54 59
- Fabian Kuhn, Vize-präsident, 078 798 17 67